

18. 01. 2014  
14/06

**Sperrfrist: Samstag, 18. Januar 2014, 11.00 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort!**

## **Rede des Alterspräsidenten des Hessischen Landtags** **Horst Klee (CDU)**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir nehmen heute im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger unseres Heimatlandes Hessen zum 19. Mal nach 1945 die parlamentarische Arbeit auf. Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre und ich bin sicher sie dauert auch fünf Jahre!

Erstmals haben die Hessinnen und Hessen am 22. September 2013 Bundestag und Landtag gleichzeitig gewählt. Die Landtagswahl fand rund vier Monate vor Beendigung der 18. Legislaturperiode statt. Es wurden 110 Abgeordnete gewählt. Es gab keine Überhang- und Ausgleichsmandate. Der Landtag hat in der neuen Periode acht Abgeordnete weniger, was eine Kostenersparnis von ca. 1,3 Millionen Euro pro Jahr ausmacht. Ich denke, dass die Entscheidungen mit acht Abgeordneten weniger, nicht besser und nicht schlechter ausfallen werden.

Wer die statistischen Zahlen zur Landtagswahl 2013 mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis nimmt, stellt fest, dass es zur Zeit sieben Wahlkreise gibt, die zwischen 56.000 und 65.000 Wählerinnen und Wähler haben und fünfzehn Wahlkreise mit 90.000 bis 103.000 Wählerinnen und Wählern. Wer dann noch zur Kenntnis nimmt, dass die Bergstraße, Gießen und Lahn-Dill bei knappen 200.000 Wählerinnen und Wählern je zwei direkt gewählte Abgeordnete stellen, der Main-Kinzig-Kreis bei knapp 300.000 Wählern drei direkt gewählte Abgeordnete stellt und Frankfurt bei 412.000 Wählerinnen und Wählern sechs Direktkandidaten hat, könnte auf die Idee kommen, über eine erneute Wahlkreisreform zu diskutieren. Es wäre spannend, was dabei herauskommt!

Die Wahlbeteiligung war, wie nicht anders zu erwarten, 12,2 Prozent höher als 2009 und erreichte 73,2 Prozent. Dies ist ausschließlich durch das Zusammenlegen mit der Bundestagswahl zu erklären. Trotz dieser erfreulichen Tatsache, dass sich mehr Hessinnen und Hessen an der Landtagswahl 2013 beteiligt haben, konnte man im Dezember 2013 eine Studie der Bertelsmann Stiftung lesen, deren Ergebnisse erschrecken.

Fazit des Ergebnisses der Studie: „Je weniger Geld jemand hat, je geringer seine Bildung ist, desto eher geht er nicht zur Wahl“ Ich empfehle, diese Studie einmal zu lesen, sie zeigt viele Defizite unserer Gesellschaft auf, die uns verpflichten, durch praktische Politik Veränderungen zu erreichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Wahlergebnis vom 22. September 2013 hat nicht für jede der hier im Parlament vertretenen Parteien das Wunschergebnis gebracht. Wir haben gemeinsam den Auftrag, daraus eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Die nach der Wahl stattgefundenen Sondierungsgespräche waren im Tonfall, nach den harten Auseinandersetzungen, so nicht zu erwarten. Darum ist es bemerkenswert, wie die Parteien miteinander umgegangen sind. Ich hoffe sehr, dass von dieser Gesprächskultur auch für die sicherlich wieder harten Auseinandersetzungen dieser Legislaturperiode etwas hängen bleibt. Das Bild, das wir nach draußen abgeben, ist entscheidend, ob es uns gelingt, das ramponierte Ansehen der Politik positiv zu korrigieren. Es wird Sie kaum wundern, dass ich die Verhaltensweise von Regierung und Abgeordneten während der Plenarsitzungen anspreche. Ich halte es nach wie vor für eine Missachtung von Debattenrednern und angesprochenen Themen, wenn Regierungsmitglieder und Abgeordnete im Plenarsaal Zeitung lesen, telefonieren, ohne Pause ihr Smartphone oder ihren Laptop bedienen. Als Wiesbadener Abgeordneter habe ich viele Besuchergruppen zu betreuen, die das Verhalten, welches hier an den Tag gelegt wird, aus meiner Sicht berechtigterweise kritisieren. Das neu zu wählende Präsidium des Landtages sollte sich mit dieser Thematik ernsthaft befassen und die Verhaltensregeln entsprechend korrigieren und durchsetzen. Ich sehe auf jeden Fall Handlungsbedarf!

Ob die Erhöhung der Landtagsvizepräsidenten auf fünf ein Beitrag zur Verbesserung der Parlamentsarbeit ist, wage ich zu bezweifeln, auch unter Kostengesichtspunkten. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass der Hessische Landtag mit Präsident und Vizepräsident ausgekommen ist und die Arbeit nicht gelitten hat. Wenn ich daran denke, was Ausschussvorsitzende, speziell der großen und sehr arbeitsintensiven Ausschüsse zu schultern haben, und dies, ohne zusätzliche Vergütung, kann Nachdenken über diesen Vorgang nicht schaden.

Ich hoffe auch darauf, dass in dieser Legislaturperiode, wenn es nicht anders geht, juristisch geklärt wird, ob die Kürzung der Grunddiäten durch eine in Jahrzehnten erwirtschaftete Rente, finanziert hälftig durch Arbeitnehmerbeitrag, rechtens ist. Auch diesen Punkt könnte das heute zu wählende Präsidium als Arbeitsauftrag mitnehmen und sich einmal ernsthaft mit dieser Frage befassen. Ich will nun ein paar wenige Themen ansprechen, die mir am Herzen liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meiner ersten und zweiten Rede als Alterspräsident dieses Parlamentes habe ich betont, dass unser Bundesland Hessen traditionell internationale Kontakte pflegt, ob nun durch die in Hessen ansässigen Unternehmen, durch Kultureinrichtungen, durch Hochschulen oder durch die Mitbürger aus über 190 Staaten, die in Hessen leben, arbeiten und studieren. Hierzu leisten auch die Sportvereine, Schulen, Kommunen und Entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen einen wichtigen Beitrag. Ich will dies ausdrücklich loben. Wir in Hessen zeigen uns solidarisch, wenn es um Naturkatastrophen geht, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern wie jüngst auf den Philippinen nach dem verheerenden Taifun. Wir verschließen uns nicht, wenn es um bedrohte Menschen geht, wie der gemeinsam verabschiedete Antrag der letzten Legislaturperiode zu den syrischen Flüchtlingen gezeigt hat. Wir wissen aber auch, dass wir nur wenig des unbeschreiblichen Leides mindern können, welches Menschen, ob in Syrien, im Südsudan, im Irak oder in Afghanistan täglich erleiden müssen. Ein wenig mehr Mitgefühl und Toleranz in öffentlichen Verlautbarungen wäre angebracht. Ich fühle mich in dieser Frage durch unseren Bundespräsidenten sehr gut vertreten.

Der Hessische Landtag und die Landesregierung bekennen sich zur Aufgabe, die internationale Zusammenarbeit im Rahmen unserer Möglichkeiten positiv zu begleiten, damit Hessen seine Internationalität weiter ausbaut. Eine Erfolgsgeschichte ist die deutsch-vietnamesische Universität, wo fünf Jahre nach Gründung bereits drei Jahrgänge an Studierenden ihr Studium in Master und Bachelor Studiengängen erfolgreich abgeschlossen haben. Auch das internationale Austauschprogramm „Hessen meets Vietnam – Vietnam meets Hessen“ ist eine Erfolgsgeschichte, wie junge Menschen in 18 Monaten ein anderes Land und eine andere Kultur kennenlernen. Die dazu gehörende Broschüre empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit. Es gibt aber auch Schattenseiten unseres Engagements in der Welt, auf die ich aufmerksam machen will. In meiner Rede als Alterspräsident im Jahre 2008 am 5. April standen wir vor der Olympiade in Peking und mussten die repressive Politik der Volksrepublik China in Tibet zur Kenntnis nehmen und hofften, dass durch Olympia 2008 eine Änderung dieser Politik erfolgen könnte. Diese Hoffnung ist nach den Olympischen Spielen in Peking schnell zerstoßen. Die gewaltfreien Proteste der Tibeter gegen die Zerstörung ihrer Kultur haben keinen Erfolg und der Dalai Lama wird von China nach wie vor als „Unperson“ gehandelt. Eine Regierung, die jetzt überlegt „Umerziehungslager“ zu beseitigen, kann uns nicht vorschreiben, wenn der Dalai Lama 2015 seinen 80. Geburtstag in Hessen feiern will, dies abzulehnen. Wirtschaftliche Interessen können und sollten nicht Menschenrechtsfragen geopfert werden. Ich kann die „Freunde für einen Freund“ nur animieren, hier aktiv zu bleiben. Der Dalai Lama ist in Hessen immer willkommen.

Ich habe an Weihnachten gute Wünsche von unserem Leiter des Kooperationsbüros in Palästina bekommen und wünsche mir sehr, dass unsere Freunde in Israel und Palästina endlich dem Frieden näher kommen. Ich möchte Dr. Issa Salim herzlich danken, dass er seit 1994 die Kontakte nach Israel und Palästina aufrecht erhält und damit unseren bescheidenen Beitrag, etwas für Kinder und Jugendliche in Palästina zu tun, ermöglicht. Den Bemühungen des amerikanischen Außenministers Kerry gilt meine Sympathie, die festgefahrenen Friedensgespräche in eine konstruktive Richtung zu bringen. Ob dies bei der unterschiedlichen Haltung der Palästinenser um Präsident Abbas und der Hamas auf der einen Seite und der gleichzeitigen Ankündigung der israelischen Regierung nach weiterem Siedlungsplan im Westjordanland von Erfolg gekrönt ist, wage ich zu bezweifeln. Die Menschen in beiden Ländern, vor allem die Jugend, haben Frieden längst verdient.

Meine Damen und Herren,

wir stehen in diesem Jahr 2014 vor wichtigen Ereignissen, von denen ich nur wenige ansprechen will. Die Olympischen Winterspiele in Sotschi sind im Gerede. Es ist Tatsache, dass Russlands Präsident Putin dies als Prestigeprojekt sieht und alles daran gesetzt hat, diese Spiele nach seinen Kriterien zu gestalten. Zwangsumsiedlung von Menschen, Vernichtung eines ganzen Talzuges und Ausbeutung der Arbeiter, die die Maßnahmen durchführen, sind Maßstab des Handelns. Das IOC hätte verhindern müssen, dass dort unter Bedingungen der Lohnklaverei Sportstätten gebaut werden. Aber Sotschi ist in guter Gesellschaft mit Katar, wo 2022 die Fußball-Weltmeisterschaft stattfindet. Dort ist dieselbe Unmoral. Wer die Menschenrechte und vor allem die Frauenrechte nicht akzeptiert, dem gehört auch keine Fußball-WM. Aber IOC und FIFA sind schwach, wenn es darum geht, Rückgrat zu bewahren, stattdessen arbeitet man denen in die Hände, die durch diese Veranstaltungen internationale Anerkennung suchen. Nur Utopisten glauben, dass die Freilassung des Dissidenten Chordokowski und der Pussy-Riot-Aktivistinnen nichts mit dem Olympiatermin in Sotschi zu tun hätten. Ich finde es begrüßenswert, wenn Bundespräsident Gauck nicht nach Sotschi fährt, um Staffage für Putin abzugeben.

Ich bedaure, dass wir die große Chance Olympische Winter-Spiele in und um München auszurichten durch negative Abstimmung verloren haben. Wir hätten den Beweis antreten können, dass die Ausrichtung der Spiele auch ohne negative Begleiterscheinungen möglich sind. Deutschland hat dies bei der Fußball-WM 2006 eindrucksvoll bewiesen. Das „Sommermärchen“ 2006 war eine Werbung für unser Land.

Der zweite Punkt ist die am 25. Mai 2014 stattfindende Europawahl. Ich rate an, dass die demokratischen Parteien alles tun, um für diese Wahl zu werben. Wir dürfen dieses Feld nicht den populistisch aufgestellten Euro-Kritikern überlassen, die in der Europawahl ihre große Chance sehen, sich hoffähig zu machen. Europa ist unsere Zukunft, die Bundesrepublik profitiert in Summe von Europa. Hierzu gibt es keine Alternative!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind ab heute verpflichtet, dieses starke Bundesland Hessen für fünf Jahre nicht nur zu verwalten, sondern auch zu gestalten. Wir haben vor der Landtagswahl von vielen Institutionen „Wahlprüfsteine“ bekommen. Nach den Wahlen von den gleichen und anderen Interessenten eine Fülle von unverzichtbaren Forderungen an die Landesregierung und das Parlament. Es wird schwer, sehr schwer werden, allen gerecht zu werden. Mit der Einführung der „Schuldenbremse“ haben wir uns verpflichtet, bis 2019 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Für meine Begriffe eine „Herkulesarbeit“, die uns noch manche schweißtreibende Stunde in den nächsten fünf Jahren beschern wird. Die demografische Entwicklung fordert uns auf dem bestehenden und sich noch verstärkt in den nächsten Jahren auftretenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu stellen. Die Bildungs- und Integrationspolitik muss so gestaltet werden, dass wir wenn irgend möglich, niemanden zurücklassen und die Ausbildungswilligkeit und -fähigkeit fördern, wo immer es geht. Vermehrt müssen wir auch die Eltern mit einbeziehen, die ihren Kindern ein positives Beispiel geben, aber auch von ihnen Leistungsbereitschaft fordern. Wer seine Kinder fordert, fördert sie! In den Politikfeldern Integration und auch Inklusion dürfen wir nicht nachlassen.

In den letzten Tagen wurde veröffentlicht, dass die gewaltsamen Auseinandersetzungen in und um Fußballstadien sich zum Positiven verändert haben. Hierzu kann ich nur auffordern, dass wir unserer Fürsorgepflicht für unsere Polizisten und Polizistinnen voll gerecht werden. Sie haben für ihren schweren Dienst, gerade bei Demonstrationen und Protestveranstaltungen unsere Solidarität mehr als verdient. Wer die Polizei verunglimpft, beleidigt und angreift, greift unseren Staat an. Für solche Leute darf es keine Toleranz geben. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass „Gewalt von rechts“ 2013 zugenommen hat. Hier müssen wir wachsam bleiben und auch hier gilt es: Null Toleranz! Die bewährten Programme müssen Bestand haben und noch verfeinert werden. Der Schutz der Jugend vor diesem Gedankengut ist eine Pflichtaufgabe. Die Salafistischen Umtriebe bedürfen unserer höchsten Aufmerksamkeit. Auch hier droht unserer Demokratie höchste Gefahr, wenn wir nicht wachsam sind.

Auch als Landespolitiker haben wir eine hohe Verpflichtung, uns im Besonderen mit der Umwelt und Energiepolitik auseinander zu setzen. Es wurde vor wenigen Wochen veröffentlicht, dass 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Ressourcen unseres Globus verbrauchen. Wir gehören zu diesen 20 Prozent. Vor wenigen Tagen wurde veröffentlicht, dass jeder Bundesbürger im Jahr 65 Plastiktüten verbraucht. Das sind jährlich über 5 Milliarden. Die EURO-Länder Frankreich und Italien haben Plastiktüten verboten – ich würde mir dies für die Bundesrepublik auch wünschen!

Fast 30 Prozent der Nahrungsmittel, die angeboten werden, werden nicht gebraucht und landen im Müll. Fahren Sie mal abends an Bäckereien vorbei, wie viel nicht verkaufte Ware abgeholt, der Verfütterung oder der Vernichtung zugeführt werden. Es sind nur wenige Beispiele des sinnlosen Verbrauchs und was das Schlimmste ist, es regt sich niemand darüber auf oder steuert dagegen. Wenn wir unseren Kindern und Enkeln eine positive Zukunft sichern wollen, müssen wir umdenken und verantwortungsvoller handeln. Es geht jeden etwas an und ein jeder, wenn er in einer stillen Stunde nachdenkt, spürt im eigenen Bereich auch Defizite. Ich kann das jedenfalls für mich behaupten!

Noch ein paar wenige Bemerkungen zur Energiewende: Die Energiewende ist Beschlusslage in unserem Land. Die übergroße Mehrheit unserer Bevölkerung will das so. Aber wir sind noch weit davon entfernt, dieses schwierige Projekt als gelungen zu betrachten. Die Debatte um die Strompreise ist in vollem Gange. Der Verbraucher soll nicht über Gebühr belastet werden, die Versorgungssicherheit soll gewährleistet werden und die Verstromung von Kohle, insbesondere der Braunkohle will man aus Umweltgründen auch nicht. Die EU kritisiert die Förderung der energieintensiven Produktionsbetriebe und mahnt uns, dies zurück zu nehmen. Der Ausbau der Windenergie wird befürwortet, aber viele Bürger lehnen dies in ihrem Wohnumfeld ab, die Stromtrassen, die aus den Offshore-Anlagen den Strom transportieren, werden von vielen nicht akzeptiert. Ich will es dabei belassen. Es ist eine besondere Herausforderung für die Politik, aber es muss gelöst werden. Es muss auch so gelöst werden, dass unsere Industrie nicht in Länder abwandert, wo die Energiekosten wesentlich günstiger sind und uns beim abwandern viele Tausend Arbeitsplätze verloren gehen!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

wir haben durch Wählerauftrag die Verpflichtung übernommen, in fairem Wettstreit um die besten Ideen und Lösungen unser Bundesland Hessen für die nächsten fünf Jahre zu gestalten. In einer Demokratie sind Auseinandersetzungen um den besten Weg nicht nur gewünscht, sondern sie sind Verpflichtung. Zeigen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, dass wir zu dieser Aufgabe fähig und willens sind. Machen wir unsere Arbeit gewissenhaft und mit Freude. Und denken wir immer daran: Wer etwas gerne macht, macht es in der Regel auch gut.

Also Glück auf, ich danke Ihnen!